

II-21 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

11.5.1966

15/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. S c r i n - z i , Dr. v a n T o n g e l und Genossen  
an den Bundesminister für Unterricht,  
betreffend Festsetzung der für die Gewährung einer Studienbeihilfe maß-  
geblichen durchschnittlichen Studiendauer der einzelnen Studienrichtungen.

- . - . - . - . - . -

Das Bundesgesetz vom 16. Oktober 1963 über die Gewährung von  
Studienbeihilfen an Hochschüler und Kunsthochschüler (Studienbeihilfen-  
gesetz) sieht vor, dass die im Zusammenhang mit der Gewährung einer  
Studienbeihilfe ausschlaggebenden durchschnittlichen Studienzeiten durch  
Verordnung näher zu bestimmen sind.

Der Entwurf für eine derartige Verordnung, den das Bundesministerium  
für Unterricht mit einer mehr als zweijährigen Verspätung zur Begut-  
achtung ausgesandt hat, bringt für jene Fälle Härten mit sich, in denen  
die durchschnittliche Studiendauer überschritten wird.

Die grösste Härte in diesem Entwurf aber besteht darin, dass die  
durchschnittliche Studiendauer (wie der Vergleich mit den existierenden  
statistischen Unterlagen zeigt) bei mehreren technischen Studienrichtun-  
gen um einige Semester zu gering bemessen wurde. Eine zu geringe Bemes-  
sung der durchschnittlichen Studiendauer hätte zweifellos zur Folge, dass  
viele Studierende gerade in der Endphase ihres Studiums keine Beihilfe  
mehr erhalten würden, das heisst also zu einem Zeitpunkt, da der Studie-  
rende das Stipendium am nötigsten braucht.

Aus diesen Erwägungen erscheint es unbedingt notwendig, dass die  
Festsetzung der durchschnittlichen Studiendauer der einzelnen Studien-  
richtungen unter genauester Beachtung bzw. Zugrundelegung des Ergebnisses  
statistischer Erhebungen erfolgt. Die unterzeichneten Abgeordneten richten  
daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die

A n f r a g e :

1) Sind Sie bereit, in der Verordnung zur Regelung der durchschnitt-  
lichen Studiendauer den Studienzeiten der einzelnen Studienrichtungen  
das Ergebnis genauer statistischer Erhebungen zugrunde zu legen?

2) Sind Sie bereit, in diese Verordnung eine Bestimmung aufzunehmen,  
durch welche die Studienbeihilfenkommissionen dazu verhalten werden, den  
für die einzelnen Studienrichtungen als durchschnittliche Studiendauer  
vorgesehenen Zeitraum jährlich anhand des neuesten statistischen Materials  
zu überprüfen, damit die im Zusammenhang mit der Gewährung einer Studien-  
beihilfe massgebliche durchschnittliche Studiendauer jeweils den tatsäch-  
lichen Gegebenheiten angepasst wird?

- . - . - . - . - . -